

Empowerment in Transformations-Arenen¹

Berücksichtigung sozialer Disparitäten im Energiewendeprozess

Anna Nora Freier, Stephanie Lübke, Katharina Schrot und Jenny Zorn

Einleitung

Megatrends werden gemeinhin als positiv konnotierte Entwicklungen gerahmt. Soziale Disparitäten fallen nicht in diese Kategorie positiver Zukunftserzählungen, sondern gelten als weltweite Problemlage. Die Maßstäbe für soziale Disparitäten sind unter anderem Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Sie adressieren auf der einen Seite die Ungleichverteilung (knapper) Ressourcen, die für ein »gutes Leben« benötigt werden, auf der anderen Seite die Chancen, die eigene Position hinsichtlich des Zugriffs auf jene Ressourcen zu verbessern. Bestimmte Ausprägungen sozialer Merkmale – zum Beispiel Alter, Bildungsstand, Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit – machen das Auftreten sozialer Ungleichheiten wahrscheinlicher.

Gleichzeitig werden Chancengleichheit und Mitbestimmung als Zentrum demokratischer Politik und als Werte an sich verstanden. **Der eigenen Stimme Gehör zu verleihen ist ohne Einflussfaktoren wie Geld, Macht, Prestige oder Bildung abseits von Wahlen aber kein einfaches Unterfangen.** Die theoretische Möglichkeit, am politischen Gestaltungsprozess teilzuhaben, geht mit der Praktikabilität einer solchen Teilhabe für prekäre Milieus und bildungsferne Schichten nicht konform: Fehlende Bildung erschwert den

¹ Dieser Beitrag ist im Rahmen mehrerer Forschungsprojekte des Virtuellen Instituts »Transformation – Energiewende NRW« entstanden. Das Projekt »EnerChange: Spaltung in NRW überwinden – **Energiewende für alle kommunizieren**« ebenso wie das Projekt »EnerUrb – Urbanisierung: Energiewende in NRW im Spannungsfeld von Stadt und Land« ist unter Zuwendung des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIDE) durchgeführt worden.

Zugang durch fehlendes Wissen – sei es inhaltlich oder formal; fehlendes Einkommen verringert die Mobilitätsmöglichkeiten oder Zeitkontingente, die notwendig sind, um an Gestaltungsprozessen teilhaben zu können.

Die Energiewende ist ein aktuelles Thema, das (1) politisch als Gemeinschaftswerk gerahmt wird und (2) Auswirkungen auch auf sozial schwache Haushalte haben wird. So könnte bei vulnerablen Bevölkerungsgruppen die Energiewende beispielsweise durch die Erhöhung der Strompreise das Entstehen von Energiearmut begünstigen. Insofern sollten sozial benachteiligte Gruppen nicht nur aufgrund einer idealistischen Vorstellung eines Gemeinsamen, sondern auch darum beteiligt werden, weil die Energiewende direkte Auswirkungen auf ihre soziale Situation haben könnte. In dieser Hinsicht bedarf es, von politischer Seite aus betrachtet, nicht nur passiv der Akzeptanz der Bevölkerung, sondern die Bürger*innen sollten aktiv den Prozess der Energiewende mitgestalten können. Dazu bieten sich sogenannte Empowerment-Konzepte an, deren Ziel die Partizipation von ansonsten außenstehenden Gruppierungen ist.

In diesem Beitrag wird veranschaulicht, wie Empowerment-Konzepte in transformativer Forschung zum Thema Energiewende und Nachhaltigkeit genutzt werden können. Dazu wird zunächst verdeutlicht, was die Rolle von Empowerment und das Ziel der Anwendung von Empowerment-Konzepten in Energiewende- und Nachhaltigkeitsprozessen sind. Am Beispiel von zwei Empowerment-Konzepten – dem Partizipativen Reallabor und dem Citizen Engagement Prozess – und einem Empowerment-Instrument – dem Escape Room –, die im Rahmen von Projekten des »Virtuellen Instituts – Transformation Energiewende NRW« zur Anwendung gebracht wurden, wird veranschaulicht, wie Empowerment in transformativen Forschungskontexten eingesetzt werden kann.

Empowerment – Brückenschläge zur Partizipation

Ursprünglich aus dem Bereich der Bürgerrechtsbewegung in den USA stammend, hat das Empowerment-Konzept weltweit in unterschiedlichen Disziplinen und Berufsfeldern – im deutschsprachigen Raum vor allem in der Sozialen Arbeit, im Gesundheitswesen, in Entwicklungsarbeit und in der Antirassismuserbeit – eine starke Aufmerksamkeit erfahren und eine bunte Vielfalt von Praxisprojekten und Methoden stimuliert (vgl. Herriger 1991/2014; Keupp 1992; Stark 1996; Böll Stiftung 2013; bpb 2014). So facettenreich wie seine Anwendung, so ist auch das Begriffsverständnis von

Empowerment². Allen Definitionsangeboten gemeinsam ist jedoch, dass sie normativ gerahmt, »werthaltige« mutmachende Prozesse der Selbstbemächtigung, Selbstbefähigung, Stärkung von sozialer, politischer, ökonomischer, spiritueller Eigenmacht und Autonomie einer Community oder Person (vgl. z.B. Alinsky 1973; Freyth/Alinsky 1985) beschreiben. Als Arbeitsansatz zielt Empowerment auf die **professionelle Förderung und (Wieder-)Herstellung von Selbstbestimmung, Selbstgestaltung und Handlungsmächtigkeit in Situationen des Mangels, gesellschaftlicher Benachteiligung oder Ausgrenzung** (Rassismus, Klassismus, Sexismus, Heteronormativität u.ä.; vgl. Herriger 2014). **Empowerment als transitiven, also professionell unterstützenden Prozess** zu betreiben und jene Erfahrungen anzuregen und zu fördern, in denen sich Menschen (wieder) ihrer individuellen und kollektiven Ressourcen bewusstwerden und sie zu nutzen lernen, erscheint gerade auch in Arenen der Nachhaltigkeit besonders bedeutsam: Auf der Ebene der Selbstaktivität und -veränderung ebenso wie in der kollektiven Dimension, im sozialen und im politischen Engagement von Bürger*innen.

So ist die »Große Transformation« zur nachhaltigen Gesellschaft – **so weit soziale und politische Partizipation von Bürger*innen zentrale Prinzipien für ihr Gelingen bilden (vgl. WBGU 2011)** – ebenfalls vor jene »großen« Herausforderungen und Entwicklungstendenzen gestellt, mit denen gegenwärtig die **repräsentative Demokratie** konfrontiert ist: **Die aktive politische Teilhabe nimmt kontinuierlich ab und ist nicht sozial repräsentativ** (vgl. Decker 2013). Bildungsstand, Arbeitslosigkeit und Kaufkraft beeinflussen empirisch nachweislich maßgeblich das konventionelle (verfasste, gesetzlich garantierte und geregelte) politische Partizipationsverhalten wie z.B. die Teilnahme an Wahlen, die Mitarbeit in Parteien oder an Petitionen. Die Ausübung von informellen politischen Betätigungsformen (z.B. Bürgerinitiativen, Demonstrationen) ist dabei mutmaßlich noch einmal mehr durch Milieu-, Ethnizitäts- und Gender-Konstruktionen, Alter und Ability geprägt (vgl. z.B. Klatt/Walter 2011; Böll Stiftung 2013). Die Konsequenz davon ist, dass meist diejenigen Bürger*innen partizipieren, die ohnehin bereits politisch aktiver, da artiku-

2 Ebenso wie der Begriff der Bürgerbeteiligung stellt auch Empowerment ein catch-all-Konzept, einen Sammelbegriff für unterschiedliche Konzepte mit einer großen Bandbreite an möglichen Bedeutungsinhalten dar, die vom Anspruch auf die Neustrukturierung von Machtverhältnissen zur Ermächtigung einer Selbstentfaltung reichen (siehe z.B. Herriger 2014).

lationswilliger und -fähiger hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Interessen sind (vgl. Schäfer/Schoen 2013: 95).

Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Problem der sogenannten *sozialen Selektivität* im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes in verschärfter Art und Weise stellt. So werden hier oftmals eine Reihe hochkomplexer Themen und lokal begrenzte Projekte verhandelt, die nicht gleichermaßen interessieren, Lebenslagen betreffen oder denen in der Alltagswirklichkeit Priorität zugeschrieben werden. Einen sichtbaren Ausdruck finden diese spezifischen Problemlagen beispielsweise in Phänomenen wie »Nimby«³, lautstark vorgetragenen Partikularinteressen oder dem sogenannten Beteiligungsparadoxon (vgl. u.a. Reinert/Sinnig 1997; Radtke/Kersting 2018): Erst mit zunehmendem Konkretisierungsgrad von Infrastrukturprojekten steigt öffentliches Interesse und bürgerschaftlicher Mitsprachebedarf, dem stehen – zum fortgeschrittenen Zeitpunkt in Planungs- und Entscheidungsverfahren – oftmals jedoch keine formale, adäquate partizipative Mitgestaltungsmöglichkeit mehr gegenüber.

Es bleibt eine Kluft zwischen dem in empirischen Studien anhaltend dokumentierten Beteiligungswillen bzw. Wunsch nach verstärkter politischer Mitsprache und der Beteiligungspraxis (vgl. Lietzmann 2016; Mehr Demokratie 2020). Dieser Zielkonflikt zwischen politischer (Un-)Gleichheit in Partizipationsinteressen, -bereitschaft und -ausübung und dem Ruf nach mehr Beteiligung, stellt eine wesentliche Herausforderung dar (vgl. Schäfer/Schoen 2013). Unter Einbezug der Befunde, dass den gesteigerten Partizipationsansprüchen zudem oftmals kein handlungspraktisches Wissen zum Wie gegenübersteht (Leggewie/Schneider 2009) und dass Gefühle von politischer Einflusslosigkeit, Apathie oder Deprivation (vgl. Kersting 2008) entscheidende Hürden bilden, ergeben sich **klare Zielsetzungen für eine transformative und transitive Perspektive.**

3 Das englischsprachige Akronym »Nimby« steht für *Not in my backyard* (»Nicht in meinem Hinterhof«) und bezeichnet das Phänomen, dass trotz hoher abstrakter Unterstützung von z.B. Technologien oder Infrastruktur-Projekten und dem Wunsch, deren Vorteile zu nutzen, im Falle direkter Betroffenheit im eigenen Umfeld eine Ablehnung bis hin zum lautstarken Protest formuliert wird. Die Tatsache, dass das Phänomen auch als Bezeichnung für Personen verwendet wird, die eben gegen solche Projekte protestieren, ist bei der Vermittlung und der Suche nach Lösungswegen sicherlich nicht gewinnbringend. Dieser Problematik kann an dieser Stelle aber leider nicht weiter nachgegangen werden.

Das Partizipative Reallabor

Modell und Methodik

Das Partizipative Reallabor stellt einen handlungspraktischen Ansatz von Empowerment zur und in der politischen Beteiligung an der »Großen Transformation zur Nachhaltigkeit« dar. Als eine innovative Forschungsmethode im Sinne von Citizen Science und ein partizipatives Instrument zur dialogischen Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der Energiewende, wurde diese Methode im Forschungsverbund des Virtuellen Instituts »Transformation – Energiewende NRW« entwickelt und in der Praxis mehrfach erprobt. Grundlegend für diese Vorgehensweise ist die Annahme, dass die Energiewende immer zugleich auch komplexe gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordert, die als solche der sozial-räumlichen Kontextualisierung und der partizipativen Gestaltung bedürfen.

Dem Reallabor-Ansatz folgend sollen jene Transformationsprozesse gezielt angestoßen und auf experimentelle Art und Weise sowohl wissenschaftliche als auch gesellschaftliche Lernprozesse in einem räumlich abgegrenzten gesellschaftlichen Kontext gefördert werden (vgl. z.B. Schneidewind/Singer-Brodowski 2014; Parodi et al. 2016; Ukowitz 2017; Wuppertal Institut 2019). Normativität, Nachhaltigkeitsorientierung, Lokalität, Transdisziplinarität und Transformativität bilden dabei wesentliche Prinzipien; ebenso, dass ein ethisch gut begründetes, gesellschaftlich legitimes Ziel verfolgt wird, das am gesellschaftlichen Gemeinwohl (in Gegenwart wie Zukunft) orientiert ist (vgl. Giulio/Defila 2018).

Für die Partizipative Reallabor-Variante ist zudem eine stark bürger-schaftliche Ausrichtung maßgebend. Ziel ist die systematisch inklusive und sozial-integrative Beteiligung der unorganisierten Bürgergesellschaft als Konsultative (vgl. Leggewie/Nanz 2016). Dafür sieht sie ein fallbezogenes Dialogverfahren zu einer konkreten Problemstellung in Transformationskontexten vor. Das Prozessdesign knüpft dafür unmittelbar an die Methodik der Planungszelle an (vgl. Dienel 2002, Lietzmann 2014; vgl. Lietzmann/Dankwart-Kammoun/Freier 2017). Dieses spezifische Format wurde Anfang der 1970er Jahre als Instrument zur informellen Beteiligung von zufallsausgewählten Bürger*innen an politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen an der Bergischen Universität Wuppertal entwickelt und ist seitdem vielfach, auch international, auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene z.B. als Bürgerrat, Citizens' Assembly oder Citizens' Jury umgesetzt worden (vgl. z.B.

Buchstein 2009/2012; Fishkin 2013; Suiter/Farrell/O'Malley 2016; Lindell et al. 2017).

Mit einem mehrtägigen Beteiligungsprozess schafft das Partizipative Reallabor einen geschützten Partizipations-Raum zur Mitwirkung und Mitgestaltung im Lebensumfeld. In deliberativen⁴ Meinungsbildungs-, Aushandlungs- und Priorisierungsprozessen erarbeiten die im Losverfahren ausgewählten Bürger*innen ein orientierungsgebendes, sozial innovatives Transformationswissen mit lokaler Passform. Entlang eines thematisch strukturierten Arbeitsprogramms werden plurale Sachinformationen zu politischen, wirtschaftlichen, ökonomischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso in das Verfahren integriert wie auch empirische Evidenzen zu tatsächlichen Wirkungen, zu Unwissen und zu Kontroversen. Ergebnis ist ein *Bürgergutachten*, das die bürgerschaftlichen Leitlinien, Empfehlungen und Stellungnahmen in ihrer Entstehung differenziert und im Hinblick auf ihre »soziale Robustheit«, d.h. ihre gesellschaftliche Zustimmungsfähigkeit (Nowotny/Scott/Gibbons 2004)⁵ transparent, nachvollziehbar und kompakt zusammenfasst.

Empowerment-Prozesse – individuelle, gruppenbezogene und strukturelle – spielen dabei auf verschiedenen Ebenen eine zentrale Rolle; sie bilden einen integralen Bestandteil von methodischem Design und Verfahrensgestaltung ebenso wie auch im Rahmen der konkreten Konzeption und Durchführung.

4 Das deliberative Demokratiemodell beschreibt eine auf den Austausch von Argumenten angelegte Form der Entscheidungsfindung unter Gleichberechtigten. Das bessere Argument soll die Entscheidungen prägen und zu besseren Entschlüssen führen, weil – im Idealfall – alle Argumente gegeneinander abgewogen werden und eine Einigung auf die *beste* Lösung möglich ist. Damit dies gelingt, werden an diesen Prozess hohe Anforderungen gestellt (vgl. Habermas 1991; für einen Überblick siehe Schmidt 2019).

5 »Wissenschaft neu denken« fordern Nowotny et al. in ihrer grundlegenden Kritik. Im Kontrast zur traditionellen Form hierarchischer, disziplinärer, homogener und akademischer Wissenschaft sei die zeitgenössische Produktion wissenschaftlichen Wissens durch Kontextabhängigkeit, Heterogenität, Komplexität und Transdisziplinarität geprägt. Der Ausdruck des »sozial robusten Wissens« bringt dies zum Ausdruck. So produziert Wissen sei zuverlässig, wenn es wirkmächtig Eingang in Gesellschaften zu findet.

Empowerment im Partizipativen Reallabor: Normative Rahmung

Aus emanzipatorischen, legitimatorischen sowie auch aus Gründen gesteigerter Effektivität⁶ soll mit der Beteiligungsmethode eine größtmöglich inklusive und repräsentative politische Beteiligung der Bürgergesellschaft erreicht werden.

Aus der Intention der *Inklusion* gilt das Empowerment im Kontext des Partizipativen Reallabors nicht speziell für besonders benachteiligte Gruppen und Milieus⁷. Vielmehr wird ein weites Verständnis von *Empowerment* mit *partizipatorischer Passform* zugrunde gelegt. Explizit im Fokus steht die soziostrukturellen, individualistischen und verfahrensbezogenen Erklärungsansätze für Nicht-Beteiligung (vgl. Rohr et al. 2017) mit verschiedenen Methoden und Instrumenten zu reflektieren. Ziel ist, ein individuelles sowie kollektives Wollen und Können zur Beteiligung anzuregen, zu unterstützen und zu fördern. Ein besonderes Augenmerk liegt dafür auch auf den inzwischen weitverbreiteten Gefühlen von politischer Einflusslosigkeit, Deprivation oder Apathie (vgl. Kersting 2008). Über den ausschließlichen Einbezug besonders benachteiligter Gruppen und Milieus und der damit verbundenen Gefahr einer Verstärkung bestehender Stigmatisierungen hinaus (vgl. z.B. Gohde-Ahrens 2013), werden sie adressiert mit dem Ziel, Zuversicht in individuelle und kollektive Ressourcen zu stärken und die (Wieder-)Aneignung von politischen Handlungskompetenzen und einer aktiven Bürgerrolle zu ermöglichen. Im Kontext der Transformation des Energiesystems heißt dies, partizipative Arenen zu eröffnen, in welchen sich der/die Einzelne als aktiven »Klima-Citoyen« (vgl. Müller et al. 2016) erlebt und auch die mit ihr verbundenen alltagsweltlichen Herausforderungen und Interessen-, Wert- und Zielkonflikte artikuliert und solidarisch, in kollektiver Aktion, aktiv bewältigt.

Die normativen Grundlagen basieren damit auch auf einer ressourcen- und stärkenorientierten Betrachtung von unorganisierter Bürgergesellschaft.

6 Zur normativen Rahmung und den demokratiethoretischen Implikationen dieser Beteiligungsmethode siehe z.B.; Pateman 1970; Giddens 1988; Habermas 1991; Dryzek 1996; Benhabib 2000; Barber 2003; Buchstein/Jörke 2003; Rosanvallon 2018; zur angestrebten Legitimität durch Repräsentativität siehe z.B. Sarcinelli, 2011; Lietzmann 2014 sowie zur angestrebten Ergebnisqualität durch Multiperspektivität z.B. Kersting, 2008; Alcántara et al., 2014.

7 Anders hier die »klassischen« Zugänge zum Empowerment vor allem im deutschsprachigen Raum, die ihr Augenmerk vor allem auf besondere Zielgruppen und ihre Aktivierung legen (siehe Herriger 1991/2014).

Gerade auch bei hochkomplexen Problemstellungen werden Bürger*innen als solche jenseits von Funktionsträgerschaft oder direkter Betroffenheit mit einbezogen. In ihrem Alltagswissen, ihren Erfahrungen und Kompetenzen ebenso wie auch in ihren Anforderungen und Wünschen werden sie in der Rolle von kompetenten (energie-)politischen Akteuren wahrgenommen, beteiligt, und in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Lern- und Transformationsprozesse gestellt. Lokales, bürgerschaftliches und externes Fachwissen werden dabei nicht als Gegenpole verstanden, sondern als Schnittmenge. Das produktive Verhältnis von »Bürgerwissen« und technologischen, ökonomischen, ökologischen, politischen und administrativen »Funktionswissen«, so die Annahme, eröffnet lokal angepasste und, im Sinne Nowotnys, »sozial robuste« Innovationen.

Dieses Vertrauen in die individuellen und kollektiven Ressourcen der Menschen, über hochkomplexe Zusammenhänge und auch über Belastungen und Zumutungen in der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit in produktiver, gemeinwohlorientierter Weise zu verhandeln, ist Leitmotiv des Partizipativen Reallabors und seiner Empowerment-Praxis.

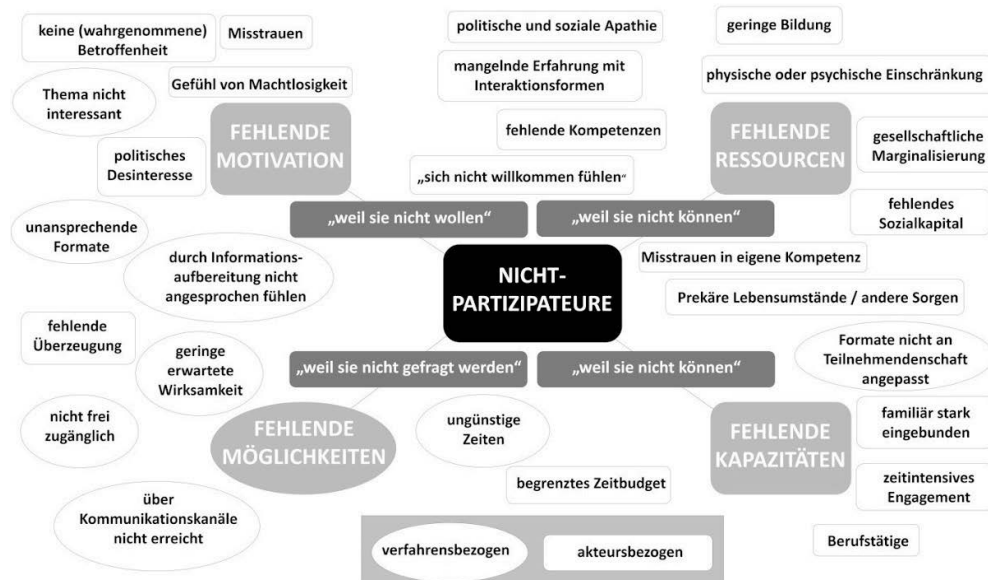
Empowerment zur Partizipation

Das Partizipative Reallabor zielt darauf ab, eine »mini public«, eine »kleine« Öffentlichkeit in ihrer soziodemographischen Vielschichtigkeit zu beteiligen, die nahezu dem repräsentativen Querschnitt der Stadt- bzw. Gemeindebevölkerung entspricht. Mit der Abbildung der Heterogenität von Stadtgesellschaft(en) und ihrer Multiperspektivität ist maßgeblich die Qualität und Akzeptanz der erarbeiteten Lösungswege im Bürgergutachten verbunden (vgl. Sarcinelli 2011; Lietzmann 2014). Dieses umfassende Inklusionsziel stellt wiederum hohe Anforderungen an die akteurs- als auch verfahrensbezogene Empowerment-Praxis des Partizipativen Reallabors.

Das methodische Design des Bürgerbeteiligungsmodells »Partizipatives Reallabor« reflektiert und berücksichtigt die sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Selektivität von Partizipation (vgl. Lipset 1960; van Deth 1990; Verba et al. 1995; Jacobs/Skocpol 2005; Steinbrecher 2009; Decker 2013) – konzeptionell durch die Gestaltung eines *aufsuchenden, qualifizierten aleatorischen* Auswahl- und Einladungsverfahrens.

Im Kontrast zu so genannten selbstselektiven Partizipationsverfahren, die frei zugänglich sind, wird hier die Möglichkeit zur Teilnahme per Los bestimmt. Die Zufallsauswahl hat sich international als zuverlässige Metho-

Abb. 1: Gründe für die Nicht-Beteiligung; eigene Darstellung nach IPG (vgl. Rohr et al. 2017 45)



de der aktiven Rekrutierung in lokalen, regionalen und nationalen Kontexten bewährt (vgl. z.B. Dienel 2002; Reybrouck 2016; Fishkin 2013; Suiter/Farrell/O'Malley 2016; Lindell et al. 2017). Dies gilt für diejenigen Bürger*innen, die ansonsten fernbleiben, in besonderer Weise; bietet doch der äußere Impuls zur Partizipation, der höchstpersönliche und zeitlich befristete Auftrag per Los, die Möglichkeit, sich als potentiell aktive*r politische*r Akteur*in (wieder) zu erfahren.

Die Verfahrensgestaltung berücksichtigt zudem ressourcenbasierende Exklusionsfaktoren von partizipationsbereiten Bürgergruppen. Bereits mit der Einladung zur Teilnahme an der Partizipation sind verschiedene *niedrigschwellige inklusive Angebote zum Abbau von Beteiligungsbarrieren* verbunden. Dem punktuellen, mehrtägigen Beteiligungsformat entsprechend, richten sie sich vor allem auf die Schaffung einer finanziellen, beruflichen und familiären Vereinbarkeit. Neben dem Erhalt eines finanziellen Teilnehmendenbetrags, wird Arbeitnehmenden beispielsweise eine bezahlte Freistellung von der Arbeit (Bildungsarbeit) ermöglicht; Selbstständige erhalten wiederum eine Ausfallentschädigung. Das aktive Angebot von Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger, Fahrdiensten und Übersetzungsleistungen bzw. Sprachmittler*innen erfolgt ebenfalls mit der Einladung. Die vielfältigen individuellen

Bedarfe (z.B. Fahrdienste, Hunde-Sitting) werden je im persönlichen Gespräch vereinbart, was sich im Abgleich mit der Verfahrensevaluation als sehr bedeutsam erweist. Eine Begleitforschung gewährleistet, dass die per Los ausgewählten Teilnehmenden nahezu dem repräsentativen Querschnitt der Stadt- bzw. Gemeindebevölkerung entsprechen (vgl. Bürgergutachten des IDPF⁸).

In einem weiteren Schritt erfolgt eine qualifizierte Zufallsauswahl. Mit ihr werden gezielt diejenigen Bürger*innen im Verfahren integriert, die aufgrund von sozialen Konstrukten – Zuschreibungs- und Ausgrenzungspraxen wie Klasse, Ethnizität, Gender, Alter, Religion, Sexualität und Disability – strukturell benachteiligt sind. Zur Organisation erweisen sich hier zum Teil zielgruppenspezifische Kooperationen als sinnvoll, so z.B. mit sozialpsychologischen Institutionen, um Menschen zu erreichen, die über keinen festen Wohnsitz verfügen. In Abhängigkeit von der konkreten Verfahrensausrichtung kann das Zufallsverfahren auch variiert und z.B. nach orts- bzw. stadtteilbezogener und/oder sozialstrukturell gebotener Gruppierung stratifiziert, d.h. geschichtet, durchgeführt werden.

Empowerment-Prozesse im Partizipativen Reallabor

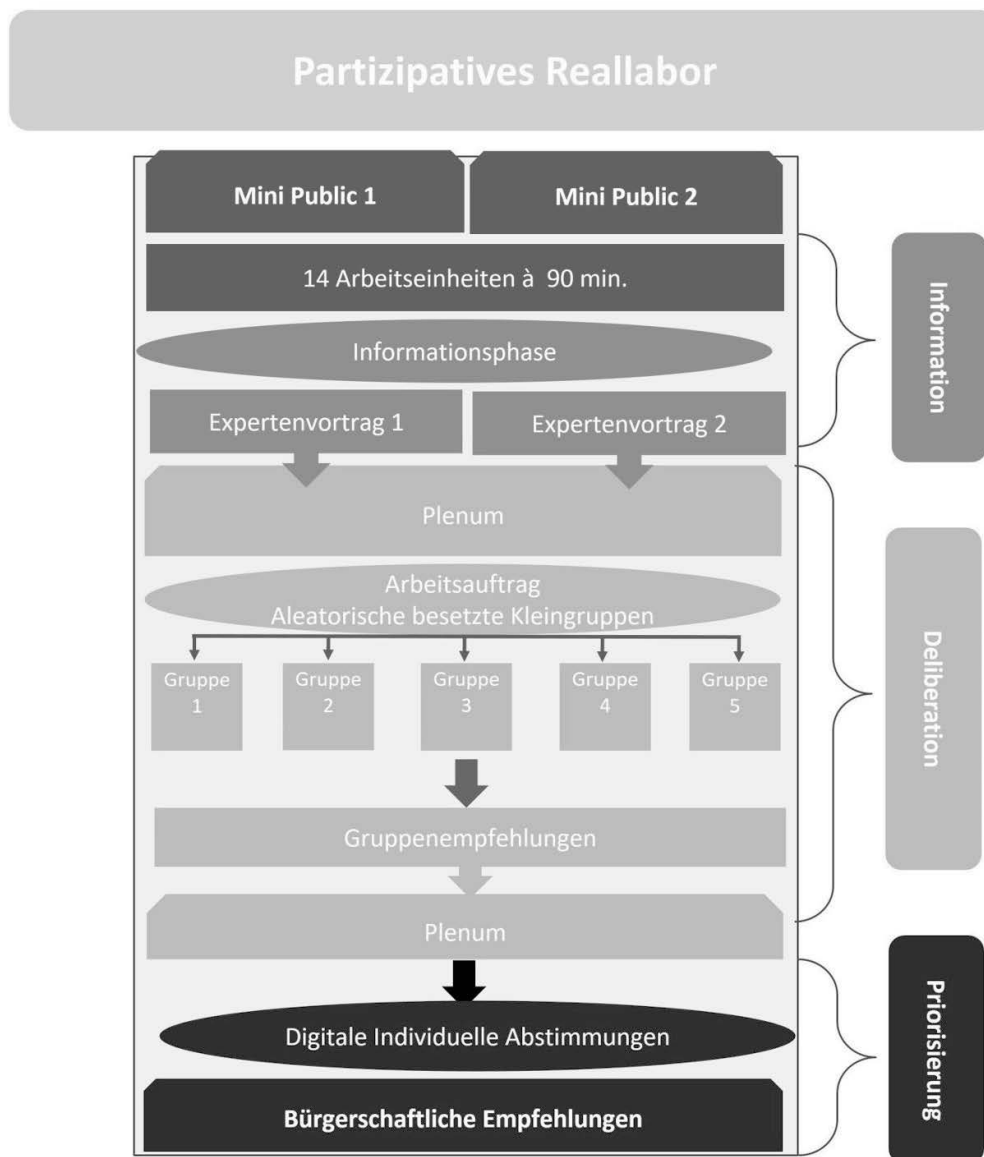
Auf diese Weise wird in dem mehrtägigen Verfahren eine »mini public«, eine »bunte Mischung« an Bürger*innen mit ihrer Multiperspektivität integriert. In getrennten Gruppen (mit einer festen Teilnehmendenanzahl von je 25 Personen) erarbeiten sie das Bürgergutachten zu einer konkreten Fragestellung in Transformationskontexten. Die Grundlage bildet ein nach methodischen Gesichtspunkten präzise strukturiertes Arbeitsprogramm. Es sieht die Gliederung in etwa 14 Arbeitseinheiten vor, die eine Behandlung verschiedener Transformationsaspekte nach einem festen und zeitlich exakt bemessenen Ablauf ermöglicht (Informations-, Deliberations- und Abstimmungsphase)⁹.

8 Eine Evaluation der Teilnehmerschaft nach verschiedenen sozio-ökonomischen Merkmalen gibt Auskunft darüber, inwiefern der idealtypische Anspruch im Abgleich mit statistischen Bevölkerungsdaten (Zensus) erreicht wurde. Die Transparenz über die Teilnehmerschaftszusammensetzung schafft einen Überblick über die hiernach im Verfahren repräsentierten Meinungen und Interessen sowie diejenigen, die zum Beispiel über zielgruppenspezifische Formate gesondert zu beteiligen sind.

9 Siehe z.B. Bürgergutachten Zeche Westerholt 2020: 13 unter www.idpf.eu/portfolio/zukunft-zeche

Ergebnis des mehrtägigen Prozesses ist das Bürgergutachten, das die bürgerschaftlichen Prioritätensetzungen zu jeder Arbeitseinheit in Form von thematisch differenzierten Leitlinien, Empfehlungen und Stellungnahmen transparent, nachvollziehbar und kompakt zusammenfasst. Das Verfahren arbeitet dabei zwingend ergebnisoffen und wird von einem strikt neutralen und auch mit Blick auf soziodemographische Merkmale gemischt besetztem Moderatorenteam begleitet.

Abb. 2: Ablauf Partizipatives Reallabor; eigene Darstellung des IDPF



In dem stufenweisen Partizipationsprozess werden von den erweiterten Formen der Wissensproduktion über die deliberativen Aushandlungs-, Verständigungs- und Priorisierungsprozesse schrittweise *Partizipations-Kompetenzen* entdeckt, entfaltet und eingebracht. In Verbindung mit der Zuerkennung und Ausübung von werthaltigen Aufgaben werden kognitives Wissen, affektiv-moralische Einstellungen sowie eine demokratiekompetente Bürgerschaftlichkeit z.B. durch den Aufbau von Selbstwirksamkeit(-serwartungen), sozialem Vertrauen und kommunikativen Fähigkeiten angeregt (vgl. Bandura 1997; Lüttringhaus 2000; Himmelmann 2001; Fung/Wright 2003). Damit sind aufs Engste Erfahrungen von Empowerment auf verschiedenen Ebenen verknüpft.

Aktivierung zur individuellen und kollektiven Wissensproduktion

Der Erwerb von unterschiedlichem, pluralem Fachwissen stellt einen grundlegenden Schritt im Empowerment-Prozess im Kontext des Partizipativen Reallabors dar. Wie auch die parlamentarischen Gremien der Stadträte, Land- und Bundestage in ihren Anhörungen und Ausschüssen, so bedürfen auch die Bürger*innen Fachwissen für ihre Gutachtertätigkeit.

Zu jedem einzelnen Themenbereich werden Fakten- und Sachwissen durch Vorträge verschiedener Expert*innen verständlich aufbereitet und aufgebaut. Mit ihnen wird das Interesse am Thema geweckt, gesteigert und fundiert. Abgebildet wird dabei ausdrücklich die Heterogenität, Komplexität und Transdisziplinarität von Wissen, empirischen Evidenzen zu tatsächlichen Wirkungen, zu Ungewissem und zu Kontroversen (vgl. Nowotny/Scott/Gibbons 2004). Das lokale, bürgerschaftliche Wissen und Lösungspotential bildet dabei keinen Gegenpol zum externen Fach-Wissen; es wird daneben voll inhaltlich anerkannt.

Als Expertise wird es in der nächsten Phase des Beteiligungsprozesses – einem mehrstufigen deliberativen Meinungsbildungs-, Austausch- und Verhandlungsprozess – unmittelbar einbezogen. Bei diesem Dialogprozess steht der Austausch individueller Perspektiven, Wünsche und Interessen mit dem **Ziel einer kollektiven Meinungsbildung** im Mittelpunkt. Aktiviert wird dieser wesentliche Schritt im Verfahren durch **ausgewählte, themenzentrierte Impulsgeber**. In Form von offenen Orientierungsfragen akzentuieren sie die deklarative (das Was) und prozedurale Seite (das Wie) sowie die Relevanz von ökologischen Transformationsprozessen vor dem Hintergrund der eigenen bürgerschaftlichen und lokalen Alltagsperspektiven. Als Arbeitsaufträge

schaffen sie eine klare Ziel- und Rahmensetzung und regen einen gegenseitigen Lernprozess im Sinne sowohl einer individuellen als auch kollaborativen Wissensk Konstruktion und -produktion an.

Dafür werden im Verfahren in einem **ersten Schritt *plurale Deliberations-Räume*** etabliert. Mit konkretem Auftrag und zeitlich befristet erfolgen dort Meinungsbildungs-, Austausch- und Verhandlungsprozesse in nach dem Zufallsprinzip besetzten Kleingruppen. Mit dieser Art der Verfahrensgestaltung sind verschiedene Empowerment-Ziele und Strategien verknüpft:

- *Das Kleingruppenformat*: Mit ihm wird reflektiert, dass sich – gerade auch in Abhängigkeit von der sozialen Prägung – nicht jede Person gleichermaßen wohlfühlt, in größeren Gruppen zu sprechen, über persönliche Erfahrungen zu berichten oder auch eine abweichende Meinung zu formulieren. Um zu vermeiden, dass in diesen Zusammenhängen gerade marginalisierte Gruppenzugehörige mit Schweigen oder Zustimmung reagieren, wird mit der Kleingruppe eine spezielle Situation produziert: In ihr sollen im Sinne eines »geschützten« Raums, frei und offen persönliche Erfahrungen erzählt und Wissensressourcen ausgetauscht werden (vgl. Yiğit/Can 2009).
- *Das Zufallsprinzip*: **Die immer wieder neue Besetzung der Kleingruppen nach dem Losverfahren wirkt der Herausbildung von Meinungsführerschaften sowie der Abbildung und Reproduktion bestehender Machtverhältnisse in den partizipativen Prozessen entgegen;** unterstützt wird dies durch den zeitlichen Rahmen, der ein Ausufern der Diskussionen gerade durch geübte Rhetoriker verhindern soll.
- *Der konkrete Arbeitsauftrag*: Mit ihm verbunden ist eine Form des Empowerments, die die Fähigkeit sowohl zur individuellen als auch kollektiven Reflexion ohne Vorbehalt reizt. Sie erstreckt sich zum einen auf die eigenen Erfahrungen, die vor dem Hintergrund des Fachwissens kontextualisiert und idealerweise mit diesem neu verknüpft werden. Ebenso wird ein kritisches Verständnis für die eigene Rolle und die soziale Prägung in dem Austausch mit anderen, in dem auch Unterschiedlichkeiten erkannt werden, angeregt. Zum anderen erstreckt sich die Reflexion auch auf die eigenen Bedürfnisse, Fähigkeiten und Potentiale; mit dem Auftrag, gruppenbezogene Ziele, Strategien und Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft zu formulieren, werden diese individuellen und kollektiven Ressourcen (wieder) erkannt oder neu entdeckt. Allein der Bewusstseinsanstieg, die

kritische Reflexion des herrschenden Status quo an sich, ist Teil der Politisierung.

Konflikt – Kooperation – Konsens

Kooperation und Konsens ist die Methode und Haltung zur Erstellung der bürgerschaftlichen Leitlinien, Empfehlungen und Stellungnahmen. Sie sind als Gruppen-Entscheidung – erst im Kleingruppenformat, dann im Plenum – zu formulieren und im Anschluss individuell zu priorisieren. Auf diese Weise entsteht ein »sozial robustes« Konsenskonzept, welches alle Teilnehmenden auch im Hinblick auf ihre verschiedenen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Hintergründe mittragen können und wollen. Dies setzen ein Erkennen, Formulieren und Abwägen eigener Bedürfnisse gegenüber Gemeinwohl-Interessen voraus; dem Austragen und Aushandeln von teils bewussten, teils latenten Konflikten kommt in diesen verständigungsorientierten Prozessen dabei eine zentrale Bedeutung zu. So treffen gerade auch sozial-ökologische Transformationsprozesse in ihrer Vielfältigkeit – ob als Grundsatzentscheidungen, im Hinblick auf einzelne Maßnahmen, in Gestalt von regionalen Konzepten oder aber als konkrete Umsetzungen vor Ort – immer auch auf offene oder hinhaltend formulierte Interessen-, Wert- und Ziel-Konflikte. Das Ausbleiben von artikuliertem Konflikt kann nicht als Befürwortung interpretiert werden, sondern kann z.B. aufgrund der Abweichung von der herrschenden Meinung oder dominanten diskursiven Wahrheiten bewusst oder unbewusst verschwiegen werden. Dieses differenzierte Bild von Befürwortung und Ablehnung jenseits einfacher Labeling-Konzepte (vgl. Schweizer-Ries 2008) angeleitet erkennbar und benennbar werden zu lassen, steht explizit im Fokus der deliberativen Prozesse. Erst auf diese Weise lassen sich mögliche Kompensationen für unabänderliche (»systemische«) Benachteiligungen, sozio-kulturelle, sozio-demographische, milieuspezifische, lokalspezifische Differenzmuster sowie einzelner Interessen im sozialen Miteinander erkunden und wiederum aushandeln (»Bridging the Gap«). Über die Ausgestaltung der verständigungsorientierten Prioritätensetzung im Bürgergutachten findet dieser Kompromiss eine transparente Abwägung und Begründung. Für das Gelingen des Conflict-Mappings und für das Bridging the Gap sind vor allem zentral:

- *Ergebnisoffenheit und Fairness des Verfahrens:* Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt bei diesen Prozessen die Moderation. Sie sorgt für eine

faire **Einforderung von Diskussionsdisziplin und -zeit**. Dem voraus geht eine sorgfältige und kompetente Verfahrenskonzeption. Durch die transparente Zielsetzung und einem hohen Grad an transparenter Formalisierung durch über zeitlich exakt definierte, sich wiederholende Methodensets wird eine spezielle, klare und verlässliche Situation für die Teilnehmenden mit Konsequenzen für die Art der Meinungsbildungs- und Aushandlungsprozesse kreiert.

- **Geschützte Deliberations-Räume**: Sie erlauben eine hohe Gemeinschaftlichkeit und sind durch einen respektvollen, wertschätzenden Umgang in Vielfalt und Unterschiedlichkeit geprägt. Dies ermöglicht geteilte **Erfahrung von Zugewandtheit und Solidarität**: Der Akt des Sprechens und des Gehört-Werdens in den eigenen Bedürfnissen, Anforderungen und Wünschen ebenso wie in der eigenen Kritik und Skepsis, bilden einen wesentlichen Schritt für das Empowerment, gerade auch von denjenigen Bürger*innen, die unter »normalen« Umständen nicht um ihre Meinung gefragt werden. Die Erfahrung, in Bedürfnissen und Ängsten nicht allein zu sein, verstanden und ernst genommen zu werden, erweist sich als besonders bedeutsam. Dies schafft auch eine **Solidarisierung mit Menschen anderer sozialer Prägung, die das Überdenken eigener Positionen explizit anregt und fördert**.
- **Thematische Strukturierung**: Die Verhandlungsbereiche sowie auch der konkrete Einbezug von entsprechendem Fachwissen erfordern eine sorgsame Konzeptionierung. Für das Conflict-Mapping ist die Transparenz über die Planungs- und Entscheidungsprozesse durch den Einbezug der pluralen politischen, wirtschaftlichen, ökonomischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch der empirischen Evidenzen zu tatsächlichen Wirkungen, zu Ungewissens und zu Kontroversen zentral (vgl. Nowotny 1999; Lietzmann 2017).

Begeisterung für die Macht Miteinander: Das Bürgergutachten

Das Partizipative Reallabor sieht ebenfalls eine »machtbewusste« Form des Empowerments vor (vgl. Weber 2009), die sich in Form des Bürgergutachtens manifestiert. Mit diesem eindeutigen Mandat zielt es auf die Begeisterung für die und das Vertrauen in jene Kollektivmacht, die Hannah Arendt (1970) als »Macht miteinander« formuliert. Diese drückt sich aus als etwas grundsätzlich Produktives und Gestalterisches, als gesellschaftliches Vermögen, durch

Abb. 3: Ablaufkooperativer Aushandlung im Partizipativen Reallabor; eigene Darstellung des IDPF

den Zusammenschluss von Menschen im Politischen. In Form von kollektiven Denk- und Handlungsprozessen zugunsten des Gemeinwesens und in der So-

lidarität füreinander konstituiert, erhält diese Form von Macht im politischen Nahraum ihre **Legitimation über den Konsens**, die Erreichung eines Einvernehmens in der Gruppe. Dieser Konsens findet im Partizipativen Reallabor seinen Ausdruck und seine Publizität im Bürgergutachten. Die Ergebnisse werden so kompakt und transparent an Politik und Verwaltung rückgebunden ebenso wie auch der Kompromiss als Prozess, in seiner Abwägung und Begründung differenziert dargestellt wird. Als gut begründete und durch Repräsentativität und Multiperspektivität politisch breit legitimierte Leitlinien, Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen nehmen sie – im Sinne einer der Konsultativen (Leggewie/Nanz 2016) – Einfluss auf die politische Planung und Umsetzung von Transformationspolitik (vgl. z.B. Sarcinelli 2011; Lietzmann 2014; Schüwer et al. 2020).

Citizen Engagement Prozess

Der Citizen Engagement Prozess ist ein nach der Methode CIVISTI (*Citizens Visions on Science, Technology and Innovation*) angewandtes Empowerment-Konzept, das durch die Sozialforschungsstelle der TU Dortmund im Rahmen des Projektes »EnerChange« zur Anwendung gebracht wurde und nachfolgend als beispielhafte Durchführung skizziert wird. Das Konzept eignet sich dazu, Wünsche und Bedürfnisse von ausgewählten Zielgruppen herauszustellen. Außerdem wird der Zielgruppe der eigene Stellenwert im jeweiligen Thema, beispielsweise zur erfolgreichen Umsetzung einer gerechten Energiewende, verdeutlicht. Durch einen **direkten Austausch mit Expert*innen und Vertreter*innen der regulativen Ebene** wird dargelegt, dass die Bedarfe der ausgewählten Zielgruppe ernst genommen werden. Die Ergebnisse ermöglichen darüber hinaus eine Erarbeitung von weiteren Empfehlungen für Forschungs- und Förderpolitik.

Methodik: Woher kommt »CIVISTI« und was zeichnet diese Methode aus?

Die Methode CIVISTI wurde im gleichnamigen EU-Forschungsprojekt in den **Jahren 2008-2011 entwickelt und erprobt** und in diesem Beispiel als Beteiligungsmethode ausgewählt, da das Wissen verschiedener Gruppen integriert betrachtet wird. Der Schwerpunkt wird dabei auf Partizipation mit **klar getrennten Rollen von Bürger*innen und Expert*innen** gesetzt (vgl. Gudowsky et al. 2012). Ziel des EU-Projekts war es, neue, relevante Themen für die For-

schung und Entwicklungspolitik der EU durch Konsultation der Bürger*innen in sieben europäischen Ländern (Dänemark, Österreich, Flandern/Belgien, Finnland, Malta, Bulgarien, Ungarn) zu identifizieren. Das CIVISTI-Projekt deckte die Zukunftsvisionen der europäischen Bürger*innen auf und wandelte diese in relevante langfristige Wissenschafts-, Technologie- und Innovationsthemen um (vgl. Jacobi et al. 2011).

CIVISTI als qualitative Beteiligungsmethode basiert auf der Annahme, dass die Entwicklung einer Forschungsagenda, die die sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse und Anliegen berücksichtigt, durch den Einbezug von Bürger*innen profitiert. Bürger*innen werden als Träger*innen dieser gesellschaftlichen Anliegen gesehen, deren Erwartungen und Anliegen durch die Verwendung der Methode in den Vordergrund gestellt werden. Außerdem zielt die Methode darauf ab, die verschiedenen Akteursgruppen zusammenzubringen und zwischen ihnen zu vermitteln (vgl. Jacobi et al. 2011). Den Bürger*innen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie auf der Basis von aufeinander abgestimmten Prozessschritten beratend und bewertend agieren.

Abb. 4: CIVISTI-Prozessschritte; eigene Darstellung nach Jacobi et al. 2011 9f.

Anwendungsbeispiel: das Projekt »EnerChange« des Virtuellen Instituts »Transformation – Energiewende NRW«

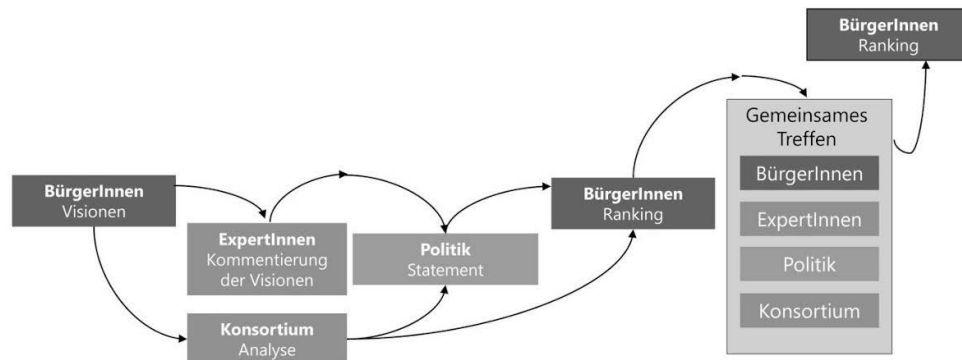
Das Projekt »EnerChange: Spaltung in NRW überwinden – Energiewende für alle kommunizieren« wurde im Rahmen des Virtuellen Instituts (VI) »Transformation – Energiewende NRW« durchgeführt. Unter der Prämisse, dass die Energiewende nur als Gemeinschaftswerk gelingen kann, lautete die zentrale Projektforschungsfrage: **Wie können Individuen und Gesellschaft auf Basis der Strukturwandelprozesse, von denen das Ruhrgebiet stark betroffen ist, mit in die neue Energie-Gesellschaft genommen werden?** Dabei setzte das Projekt den Fokus der Untersuchung auf die Zielgruppe der sozial Benachteiligten, die sich häufig als »Verlierer*innen« der Energiewende sehen. Gemeinsam wurde mit Bürger*innen an Visionen zur Energiewende in NRW gearbeitet, die ihre persönliche Lebenswelt berücksichtigen, und daraus mithilfe von Expert*innen Politikempfehlungen ableiteten.

Die qualitative Beteiligungsmethode »CIVISTI: Citizen Visions on Science, Technology and Innovation« wurde von der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund, die die Leitung des Projektes innehatte, als geeignete Methode im Projekt »EnerChange« ausgewählt, da das Wissen verschiedener Gruppen integriert betrachtet wird und der Schwerpunkt auf Partizipation mit klar getrennten Rollen von Bürger*innen und Expert*innen gesetzt wird (vgl. Gudowsky et al. 2012). Die konzeptionelle Ausarbeitung im Projektrahmen erfolgte aus dargestellten Gründen auf Basis des Konzepts der Bürgerbeteiligungsmethode CIVISTI. Wichtige konzeptionelle Schritte als Vorbereitung für den Beteiligungsprozess bildeten die Adaption der Beteiligungsmethode CIVISTI für den Prozess auf NRW-Ebene sowie die Übersetzung und Nachvollziehbarkeit von Konzept und Ablauf für alle beteiligten Projektpartner und Bürger*innen. Die detaillierte Planung des Ablaufs des ersten Bürgerforums war für die weitere Bearbeitung des Arbeitspakets von besonderer Bedeutung, da in dieser ersten Veranstaltung die Visionen erarbeitet wurden, die die Basis für die weitere Arbeit gebildet haben. Darauf aufbauend wurde das weitere Konzept der Beteiligungsmethode an den Projektkontext angepasst und strukturiert.

Die qualitative Beteiligungsmethode ermöglicht es, das Wissen und die Bedürfnisse sozial benachteiligter Gruppen herauszustellen, um dann weitere Empfehlungen für Forschungs- und Förderpolitik abzuleiten. Die Umsetzung von Bürgerforen ermöglicht es, langfristige Visionen, Bedürfnisse und Sorgen der Bürger*innen herauszustellen (vgl. Jacobi et al. 2011).

Adaption und Anpassung der Methode für das Projekt

Abb. 5: Adaption der Methode für das Projekt »EnerChange«: Ablauf des Beteiligungsprozesses; eigene Darstellung



Der Prozess (vgl. Abb. 5) startete mit der Identifizierung von Wünschen und Bedürfnissen der Zielgruppe (z.B.: Welche Bedarfe sehen Sie für sich in der Umsetzung einer »gerechten Energiewende«?) in einem zweitägigen Workshop mit 25 Bürger*innen. Die Teilnehmer*innen formulierten Wünsche und Bedürfnisse für die nahe und fernere Zukunft (10-40 Jahre), aus denen Expert*innen Empfehlungen generieren konnten. Die Wünsche und Bedürfnisse konnten an dieser Stelle z.B. in Forschungsschwerpunkte für die Zukunft umgewandelt werden. Diese Empfehlungen wurden in einem nächsten Schritt mit der regulativen Ebene diskutiert und in einem anschließenden 2. Bürgerforum (mit den gleichen Teilnehmer*innen) an die Zielgruppe zur Bewertung zurückgegeben, um aufgezeigte Prioritäten der Expert*innen und Politikvertreter*innen in einer weiteren Runde der Bürgerbeteiligung überprüfen, bestätigen und ergänzen zu lassen. In einem abschließenden Workshop mit allen Beteiligten (Bürger*innen, Expert*innen, Politikvertreter*innen) wurden die aufbereiteten Ergebnisse vorgestellt und diskutiert. Ziel dieses Workshops war es, den Teilnehmer*innen aufzuzeigen, welche Wünsche und Bedarfe in welcher Form in die politische Forschungsagenda einfließen können. Die letztendliche Auswahl der wichtigsten Empfehlungen wurden von den Teilnehmer*innen der Bürgerforen eigenständig getroffen. Die Ergebnisse wurden vom Forschungskonsortium für relevante Stakeholder und Entscheidungsträger*innen in Form von Empfehlungen aufbereitet.

Ziel des Prozesses war es darüber hinaus, der Zielgruppe der sozial Benachteiligten den eigenen Stellenwert zur erfolgreichen Umsetzung einer gerechten Energiewende zu verdeutlichen. Durch einen direkten Austausch mit Expert*innen und der politischen Ebene wurde dargelegt, dass die Wünsche und Bedürfnisse dieser Zielgruppe ernst genommen werden. Darüber hinaus sollten neue geeignete, zielgruppenspezifische Kommunikationsformen aufzeigen, wie und in welcher Form die Ansprache seitens Expert*innen und Stakeholdern gelingen kann, damit sozial benachteiligte Gruppen in die Prozesse der Umsetzung der Energiewende eingebunden werden können.

Die Methode wurde außerdem im Rahmen von »EnerChange« ergänzt, indem die regulative Ebene in den Prozess eingebunden wurde. Die Einbindung wurde für sinnvoll erachtet, damit der Mehrwert und Nutzen der Teilnahme für die Zielgruppe sowie die politische Wirksamkeit deutlich gemacht werden konnten.

Abb. 6: Zeitlicher Ablauf Citizen Engagement Prozess im Projekt »EnerChange«; eigene Darstellung

Umsetzung der Methode im Rahmen des Projekts »EnerChange«

Mithilfe der auf den Projektkontext angepassten CIVISTI-Methode wurde im Rahmen von »EnerChange« ein Beteiligungsprozess durchgeführt, der die Zielgruppe der sozial Benachteiligten in den Fokus rückte. Die Akquise von Teilnehmer*innen für die geplanten Bürgerforen wurde mithilfe von bestehenden Kontakten zu Intermediären durchgeführt. Außerdem wurde die Methode an den Kontext und die Zeitplanung des Projekts angepasst (siehe Abb. 6). Essentiell für den Erfolg der Methode und die Erarbeitung von Ergebnissen war die Beteiligung desselben Teilnehmerkreises bei beiden Bürgerforen, da, aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Veranstaltung, bei der zweiten Veranstaltung daran weitergearbeitet wurde.

Erstes Bürgerforum

Die inhaltliche Gestaltung des ersten Bürgerforums startete mit der Formulierung von Visionen zum Thema Energiewende der Zielgruppe in einem zweitägigen Workshop. Dabei wurden folgende Aspekte abgefragt:

- Was ist die Energiewende für Sie?
- Hoffnungen und Träume sowie Ängste und Sorgen in der Vergangenheit (Blick in die Vergangenheit)
- Blick in die Zukunft: Welche Hoffnungen und Träume, Ängste und Sorgen haben Sie? (Zukunft in 10-40 Jahren)

Auf der Basis der Diskussionsergebnisse vom »Blick in die Zukunft« entschieden sich die Bürger*innen für einzelne Aspekte, die daraufhin als »grobe« Visionen ausgearbeitet wurden. Dazu wurde für jede Vision eine kurze Beschreibung von etwa 10 Zeilen geschrieben sowie ein passender Titel für die Vision gefunden.

In einem abschließenden Auswahlprozess konnten die Bürger*innen aus insgesamt 14 groben Visionen die für sie vier wichtigsten auswählen. Die Teilnehmer*innen formulierten zur Beantwortung dieser Fragen ihre Wünsche und Visionen für die nahe und fernere Zukunft. Das Ergebnis des ersten Bürgerforums waren vier ausgearbeitete Visionen, die die Grundlage für den weiteren Prozess geboten haben: »Umwelt- und Naturschutz als Schulfach«, »Energieerzeugung für Jedermann«, »Das Ende der Machtlosigkeit« und »Sei Teil der Zukunft, die du dir wünschst«.

Sicht der Expert*innen

Anschließend an das erste Bürgerforum und basierend auf den Themenschwerpunkten der vier ausgewählten und ausgearbeiteten Visionen wurden relevante Expert*innen recherchiert und in einem nächsten Schritt kontaktiert. Gleichzeitig wurden die Termine inhaltlich vorbereitet. Statt eines vorgesehenen Workshops, wurden zwei Termine in Form von Fachgesprächen umgesetzt. Die inhaltliche Gestaltung der Fachgespräche orientierte sich an der Diskussion von folgenden Leitfragen:

- Ist die Vision umsetzbar? Welche Umsetzungsansätze gibt es bereits?
- Was fehlt in der Vision?

Die Visionen wurden von Expert*innen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit bewertet und vor allem positive Ansatzpunkte herausgestellt.

Zweites Bürgerforum

Die inhaltliche Gestaltung des zweiten Bürgerforums startete mit der Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Bürgerforums, um den Teilnehmer*innen die ausgewählten vier Visionen erneut ins Gedächtnis zu rufen und sie auf die interaktive Arbeitsphase und Diskussion vorzubereiten. Ziel des zweiten Bürgerforums war es, die Einschätzungen und Empfehlungen aus den im Oktober durchgeführten Fachgesprächen mit Expert*innen an die Zielgruppe zurückzugeben und in einer weiteren Runde der Bürgerbeteiligung überprüfen, bestätigen und ergänzen zu lassen.

Um eine aktive Beteiligung aller Teilnehmer*innen zu gewährleisten, wurde die Vorstellung der Expert*innenmeinungen und Kommentierung sowie die anschließende Diskussion in Form eines World Cafés gestaltet, bei dem jede Vision an einem Thementisch behandelt wurde und die Teilnehmer*innen in kleinen Gruppen von Tisch zu Tisch wechseln konnten.

Abschlussworkshop

In einem abschließenden Workshop, zu dem alle Beteiligten des Beteiligungsprozesses (Bürger*innen, Expert*innen, Konsortium) eingeladen wurden, wurden die aufbereiteten Ergebnisse vorgestellt und diskutiert. Ziel dieses Workshops war es, den Teilnehmer*innen aufzuzeigen, welche Wünsche und Bedarfe in welcher Form in die politische Forschungsagenda einfließen können. Die letztendliche Auswahl der wichtigsten Empfehlungen

wurden von den Teilnehmer*innen der Bürgerforen getroffen. Die Ergebnisse wurden für relevante Stakeholder*innen und Entscheidungsträger*innen in Form von Empfehlungen aufbereitet.

Schlussfolgerungen

Eine Analyse der Strukturwandelprozesse im Ruhrgebiet und die Fallstudie der englischen Stadt Plymouth, die Entwicklung einer nicht-textbasierten Kommunikationsstrategie in Form eines Do-It-Yourself Escape Rooms (siehe weiter unten) sowie computergestützte Experimente zur Verhaltensökonomik haben im Rahmen des Projekts »EnerChange« die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit den Bürger*innen ergänzt und zur Genese einiger zentraler Aussagen geführt.

Die Zielgruppe der sozial Benachteiligten beschäftigt sich nicht mit großen und für sie ungreifbaren Themen wie Nachhaltigkeit oder Klimaschutz, sondern mit kleineren Dimensionen ihres alltäglichen Lebens. Dabei geht es für diese Personen oftmals um die Frage, wie Geld gespart werden kann, damit sie ihren Alltag besser und mit mehr finanziellen Möglichkeiten bewältigen können. Dabei haben sie mitunter »das große Ganze« im Hinterkopf und sind dann doppelt stolz, wenn sie zusätzlich zum individuellen Erfolg, beispielsweise der Rückzahlung eines Betrags nach der Stromabrechnung, auch noch etwas für die Umwelt getan haben.

Die Erarbeitung der Visionen und die Auseinandersetzung mit den Themen wie Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit haben im Laufe des Prozesses gezeigt, dass es offensichtliche Diskrepanzen gibt zwischen dem, was die Bürger*innen sich wünschen und daher annehmen, dass es dazu noch keine Umsetzungsaktivitäten gibt, und dem, was es (in Ansätzen) schon gibt und in diesen Bereichen schon umgesetzt wird. Diese Lücke lässt sich sicherlich auf das fehlende Wissen bei der Zielgruppe zurückführen und lässt die Frage offen, ob es hier eine fehlerhafte Kommunikation von Informationen gibt.

Die Vermittlung von Informationen und richtigen Verhaltensweisen spielt bei der Erreichung der Zielgruppe der sozial Benachteiligten eine wichtige Rolle. Hier wurde vermehrt der Wunsch nach positiven Vorbildern genannt. Diese Vorbilder sollen einerseits Personen sein (Personen des öffentlichen Lebens, die in Social Media Werbung machen, Politiker*innen, aber auch Personen des alltäglichen Lebens, mit denen man/Kinder in ständigem Kontakt steht/steht – z.B. geschultes Personal an Schulen), aber auch Gebäude. Hier

lautete der Wunsch, dass vor allem öffentliche Gebäude mit gutem Beispiel vorangehen und so zeigen sollen, wie eine alternative Stromgewinnung möglich ist.

Die Methode CIVISTI ist anwendbar auf andere Themen und Kontexte, vor allem dann, wenn eine eher schwierig zu erreichende bzw. schwer mitzunehmende Zielgruppe eingebunden werden soll. Hier legt die Methode einen besonderen Fokus auf die Bürger*innen und misst ihnen eine zentrale Rolle zu. Dies ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Bürger*innen. Außerdem sorgt der gleichbleibende Personenkreis dafür, dass sich über den Zeitraum der Durchführung ein Kennenlernen aller Beteiligten und ein damit verbundenes Gruppengefühl einstellen kann.

Der Einbezug der regulativen Ebene in den Ablauf der Methodik ist eine sinnvolle Erweiterung, um die entwickelten Visionen und Expert*innenkommentare aus Sicht von Entscheidungsträger*innen bewerten zu lassen und deren Inhalte zu diskutieren. So können Empfehlungen, basierend auf den Ergebnissen des Prozesses, zielgruppengerecht ausgearbeitet und formuliert werden.

Escape Rooms als Baustein im Empowerment-Prozess

Empowerment-Prozesse wie der Citizen Engagement Prozess lassen Spielraum zur Anpassung an die Ziele und jeweiligen Bedürfnisse der Gruppe. Trotz des Rahmenkonzepts lassen sich verschiedene Methoden und Bausteine zum Empowerment kombinieren und in den Prozess integrieren. Da zum Empowerment im Bereich Nachhaltigkeit auch die Wissensvermittlung gehört, also die Art und Weise, wie Wissen über nachhaltiges Handeln auf der einen Seite vermittelt und auf der anderen Seite erlernt wird, hat sich das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI) im Rahmen des Projekts »EnerChange« diesem Themenkomplex gewidmet. Die Forschungsfrage lautete: Mit welcher Kommunikationsstrategie kann man Wissen über nachhaltiges Handeln so vermitteln, dass es für möglichst viele Personen verständlich und zugänglich ist?

Das Problem der Kommunikation von nachhaltigkeitsbezogenem Wissen

Nachhaltigkeit und nachhaltiges Handeln ist längst kein gesellschaftliches Randthema mehr. In Zeitschriften, Sachbüchern, Radio- und Fernsehsendun-

gen wird darüberschrieben und gesprochen, was jede*r Einzelne tun kann, um nachhaltiger zu leben. Von Mülltrennung und dem Einkauf regionaler Produkte über die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und innovativer Mobilitätsformen bis hin zum Einsparen von Strom, Wärmeenergie und Wasser wird kein Bereich des täglichen Lebens ausgelassen. Doch obwohl das Thema im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit steht, tangiert es kaum die individuellen Handlungen. Wenn man über die Kenntnis verfügt, welche Handlungsoption »besser« wäre, sich aber nicht dementsprechend verhält, so spricht man von einer Lücke zwischen Denken und Handeln, der *intention-behaviour gap* (wahlweise auch *mind-* oder *attitude-behaviour gap* genannt): Die Menschen wissen, was sie tun sollten, um nachhaltig zu leben, setzen dieses Wissen aber nicht in die Praxis um. Die Gründe dafür sind vielfältig und noch lange nicht hinreichend geklärt. Eine Auswertung verschiedener Studien zu diesem Phänomen findet sich bei Hassan, Shiu und Shaw (2016).

Ein anderes, zeitlich vorgelagertes Problem ist aber, das Wissen überhaupt erst so zu vermitteln, dass es das Potential hat, *handlungsleitend* zu sein. In vielen Fällen wird auf textbasierten Kommunikationsstrategien wie Ratgeberliteratur und Broschüren, rein visuellen Darstellungsformen wie Internetvideos, Plakate, Fernsehsendungen oder Vorführungen wie in Seminaren zurückgegriffen. Diese Kommunikationsstrategien sind für das Erlernen von nachhaltigem Handeln, einer *Handlungskompetenz* also, problematisch, weil durch sie Wissen vermittelt wird, das handlungsanleitend sein soll, aber von den Rezipient*innen im Prozess des Erlernens selbst keine Handlung verlangt. Sie nehmen das Wissen passiv auf, wenden es aber erst *nach* dem Lernprozess an.

Unter der Prämisse, dass möglichst viele Menschen die Kompetenz zum nachhaltigen Handeln erlangen sollen, muss die Kommunikationsstrategie verschiedene Kriterien erfüllen. Sie muss erstens für möglichst viele Personen leicht verständlich sein, also auch bildungsbenachteiligte Menschen mitdenken, was unter anderem beinhaltet, dass die Strategie nicht zu textlastig und komplex sein darf. Sie sollte zweitens möglichst auf theoretische Ausführungen verzichten und das Erlernen des Handlungswissens in der Praxis selbst erfahrbar machen. Drittens sollte sich die Kommunikationsstrategie nicht nur der Argumentation, sondern auch der emotionalen Erfahrung bedienen, beispielsweise dadurch, dass die Bürger*innen in eine Geschichte involviert werden, in der sie selbst eine Rolle spielen.

Escape Rooms als Kommunikationsstrategie

Im Projekt »EnerChange« haben die Mitarbeiterinnen des KWI eine Kommunikationsstrategie entwickelt, die diesen Kriterien genügen soll. Um Handlungswissen zum Thema Nachhaltigkeit *learning by doing* zu erlernen und um eine erfahrbare Geschichte zu entwickeln, hat sich das KWI für den Kommunikationstyp *Spiel* entschieden. Lernspiele haben den Vorteil, dass sich die Lernenden selbst die Lösungen erarbeiten müssen. Spielbasierte Ansätze haben außerdem ein hohes Potential, auf viel Text verzichten zu können und die Spieler*innen emotional für die Thematik zu erreichen.

Es gibt bereits zahlreiche Spiele zum Thema Nachhaltigkeit, die als Zielgruppe explizit Schüler*innen nennen und dazu geeignet sind, das theoretisch bereits erlernte Wissen in einem Spiel abzufragen oder umzusetzen (beispielsweise »Das Energie- und Klimaquiz« oder »Wirtschaft und Energie«). Auch Gesellschaftsspiele in Form von Brett- oder Kartenspielen gibt es bereits zu Themen der Nachhaltigkeit. Diese weisen aber eine recht hohe Komplexität auf (beispielsweise die Spiele »Lobby« und »Bougoni«) oder verbleiben weitgehend abstrakt (beispielsweise die Spiele »Prosperity« oder »Planet Steam«).

Deshalb hat sich das KWI dazu entschlossen, einen relativ neuen Spielertypus für die Vermittlung nachhaltigkeitsbezogenen Wissens zu wählen: den *Escape Room*. Escape Rooms, oder allgemeiner: Escape Games, eignen sich besonders als Kommunikationsstrategie, weil die Regeln schnell zu erklären sind und der Aspekt des *learning by doing* hier sehr stark ist. Der Escape Room bedarf keiner Vorkenntnisse und die emotionale Ebene wird aufgrund des Settings stark angesprochen.

Escape Rooms sind auf Grundlage von Computerspielen 2007 in Japan als *Live Escape Games* entstanden und heute aus der kommerziellen Spielerslandschaft nicht mehr wegzudenken. Auch in Deutschland boomen Escape Rooms, sodass es in jeder größeren Stadt Angebote gibt, Escape Rooms zu besuchen. Das Grundprinzip ist immer dasselbe: Man muss Aufgaben und Rätsel lösen, um in einer gewissen vorgegebenen Zeit aus dem Raum entkommen, einen Mordfall aufzudecken oder ähnliches. Dazu gibt es einzelne Rätsel, die entweder nur mit einem anderen Rätselteil gelöst werden können, zu einem nächsten Rätsel führen oder ein Teil des Metarätsels ausmachen, das zum Schluss gelöst werden muss (vgl. Villar Lama 2018). In den meisten Fällen gibt es eine*n Spielleiter*in außerhalb des Raumes, der die Gruppe über Kameras beobachten kann und Tipps über einen Monitor oder einen Laut-

sprecher gibt, wenn er oder sie merkt, dass die Gruppe mit den Rätseln nicht weiterkommt. Escape Rooms erfordern aufgrund der Vielzahl an Rätseloptionen Teamwork. Die Spielergruppe muss gemeinsam knobeln, um den Raum zu lösen und – in den meisten Fällen – den Schlüssel zu finden, um dem Raum zu entkommen. Escape Rooms werden in Deutschland, anders als in den USA, bisher kaum in Bildungszusammenhängen eingesetzt.¹⁰ Sie eignen sich jedoch in besonderer Weise zur Abstraktionsreduktion und lassen Inhalte emotional erfahrbar werden.

»Noch zu retten...?« Ein Do-It-Yourself Escape Room zum Thema Nachhaltigkeit im Alltag

Im Rahmen des Projekts »EnerChange« wurde ein Escape Room zum Thema *Nachhaltigkeit im Alltag* entwickelt, der die Besonderheit aufweist, dass man ihn – nach dem Prinzip *Do It Yourself* – in jedem Raum mit einer büroähnlichen Grundausstattung mit nur wenigen Materialien – und daher kostengünstig – selbst aufbauen kann. Die meisten Materialien, die man dazu benötigt, stehen auf der Website www.vi-transformation.de/escaperoom zum Download bereit. Zusätzlich werden Materialien benötigt, die bereits vorhanden sind, die man sich leihen kann oder die kostengünstig zu erwerben sind wie beispielsweise Fahrrad- oder Vorhängeschlösser, Schnellhefter, eine Steckdosenleiste oder eine nicht zu öffnende Spardose.

Da es nicht in jedem Raum möglich oder zu kostenintensiv ist, Kameras anzubringen, hat sich das Projektteam des KWIs dazu entschlossen, eine hilfestellungsleistende Person mit in die Geschichte zu integrieren, sodass es ihr möglich ist, während des Spiels mit im Raum zu sein. Des Weiteren geht es in der Rahmengeschichte des Escape Rooms nicht darum, dem Raum zu entkommen, da das Einschließen von Personengruppen in vielen Bildungskontexten nicht möglich bzw. nicht erwünscht ist.

10 Ein Beispiel für einen in Deutschland entstandenen Escape Room im Bildungskontext ist »Auf Mikas Spuren«, der im Rahmen der Demokratielabore von Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. (2018) entwickelt wurde. Hier können die Teilnehmenden das Thema »Populismus« spielerisch erarbeiten. Ole Jantschek (06.11.2019) hat die Vorteile von Escape Rooms im bildungspolitischen Kontext auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung zusammengefasst; online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/299698/ole-jantschek>. Zuletzt aufgerufen am 25.02.2020.

Eine weitere Besonderheit des Escape Rooms besteht darin, dass die Rahmengeschichte zwar immer die Gleiche ist, die Nachhaltigkeitsthemen und die dazugehörigen Rätsel aber variieren können. So gibt es *Module* zu den Themen (1) Strom, (2) Müll und Recycling, (3) Wärme sowie (4) Mobilität und Urlaub, bei denen je andere Aufgaben gestellt werden, wodurch die Spieler*innen themenspezifisch im direkten Umgang Nachhaltigkeit im Alltag erlernen können.

Die Story

»Die Spieler*innen haben einen Termin bei Doro Blitz. Sie ist eine Expertin auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit und die Spieler*innen sind ihr Team. Doch als die Gruppe das Büro von Doro betritt, ist sie nicht da, sondern nur ENNY, ihr menschlicher Computer. ENNY hat keine guten Nachrichten für die Gruppe. Das Team ist Doros letzte Hoffnung ...« (Virtuelles Institut »Transformation – Energiewende NRW« 2019: 5)

Doro, die Nachhaltigkeitsexpertin, ist krank. Sie verwandelt sich ab und an in eine andere Person, die alles zerstört, was mit Nachhaltigkeit zu tun hat. Aber Doro hat eine Formel für ein Mittel gefunden, das sie retten kann. Sie hat die Formel in ihrem Büro versteckt und alles unnachhaltig gemacht, damit sich diese andere Person nicht dafür interessiert. Das Spielerteam muss nun den Raum nachhaltig gestalten bzw. nichtnachhaltige Strukturen aufdecken, um an die Formel zu gelangen. ENNY, der menschliche Computer, hilft ihnen dabei, wenn er das Gefühl hat, dass die Gruppe nicht weiterkommt.

Je nachdem, welche Module von der Spielleitung gewählt wurden, müssen die Spieler*innen nun verschiedene Aufgaben lösen, um an die Formel zu gelangen. Dadurch erlernen sie spielerisch nachhaltiges Wissen, wie beispielsweise wieviel Strom und Geld man mit einer abschaltbaren Steckdose sparen kann, welche Verkehrsmittel nachhaltig sind, was die besten Tipps für nachhaltiges Heizen sind oder wie Müll richtig getrennt wird. Der Escape Room ist geeignet für Spieler*innen ab 14 Jahren – ganz egal, welcher Bildungskontext vorliegt.

Escape Rooms als Puzzleteil für Empowerment-Konzepte

Die Standardaufgabe, die auch namensgebend für den Escape Room ist, ist die Flucht aus einem Raum. An einem Ort gefangen zu sein, dem man durch das Lösen von Aufgaben und Rätseln entkommen muss, klingt zunächst nicht

oder nur in sehr zynischer Weise nach Empowerment. Tatsächlich kann der Escape Room aber ein Empowerment-Baustein in dreifacher Weise sein: Erstens steht er für diejenigen zur Verfügung, die bestimmte Personengruppen *empowern* möchten. Zweitens kann er im Bildungskontext dafür sorgen, dass **die Spieler*innen dazu ermächtigt werden, bestimmtes Handlungswissen in ihren Alltag einzubauen**, weil sie dieses bereits schon einmal aktiv im Spiel angewendet haben. Im Projekt »EnerChange« kam außerdem noch die Ebene hinzu, dass die Personen, die am Citizen-Engagement- Prozess teilgenommen haben, die Entwicklung des Spiels durch die Wahl der Rahmengeschichte und die Rätselvarianten, die zur Auswahl gestellt wurden, beeinflussen konnten. Insofern wäre drittens auch für ein Langzeitprojekt eine gemeinsame Entwicklung eines Escape Rooms als Empowerment-Methode denkbar.

Fazit und Ausblick

Transformative Forschung lebt von der Wechselwirkung zwischen Beobachtung von gesellschaftlich relevanten Prozessen und Veränderungen, die sie selbst mit hervorruft. Es ist nicht ohne Sinn, dass in diesem Kontext z.B. von Reallaboren gesprochen werden kann, da in Laboren die Veränderungen eines Systems unter selbst geschaffenen Bedingungen und Veränderungen von Bedingungen beobachtet werden. Im Fall der vorgestellten Konzepte hat sich die Anwendung als fruchtbar erwiesen dahingehend, dass (1) durch die Perspektive von Empowerment auch die sozialen Gruppen in den Fokus geraten, die sonst im Energiewendeprozess wenig beachtet werden, (2) durch die Anwendung von Empowerment-Konzepten eben diese soziostrukturell benachteiligten Gruppen in das Gemeinschaftswerk Energiewende integriert wurden und Output für die Energiewende von diesen Gruppen generiert werden konnte und (3) die Empowerment-Konzepte durch die Anwendung selbst für den Energiewendeprozess evaluiert werden können. Letzteres wurde in diesem Aufsatz dargestellt. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Empowerment-Konzepte sind für die transformative Forschung zu Energiewende- und Nachhaltigkeitsthemen besonders gut geeignet, um einen sozial ausgleichenden egalitären Zugang zu diesen politisch hochaktuellen Themen zu finden. **Für die Umsetzung der Energiewende ist der Einbezug aller Bevölkerungsgruppen und Milieus grundlegend**, da sie (1) ideell als Gemeinschaftswerk verstanden wird und (2) **der Einbezug die Gefahr minimiert, dass Proteste die Umsetzung gefährden** oder die sozialen

Ungleichheiten vertieft werden. Empowerment-Konzepte eignen sich daher unserer Ansicht nach, um dem Megatrend Soziale Disparitäten im Energiewendeprozess und breiter – in der Großen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit – reflektiert zu begegnen.

Soll Partizipation – auch in der Transformation zur Nachhaltigkeit – nicht bloß instrumentell verstanden werden, sondern als ein wesentliches Prinzip und Voraussetzung für ihre erfolgreiche Umsetzung, muss Empowerment als Leitsatz zur Gestaltung von Partizipationsprozessen anerkannt und in seiner politischen Dimension als zentrale Strategie Einzug in Theorie und Praxis erhalten. Hierdurch eröffnet sich nicht zuletzt ein enormes Potential auch für ökologische Transformationsprozesse, die auf diese Weise ebenfalls »empowered« werden können.

Wie in diesem Artikel skizziert, wird bereits auch durch punktuelle Bürgerbeteiligung in Nachhaltigkeits-Arenen ein politisches Empowerment auf verschiedene Art und Weise gefördert. Bestmöglich reichen diese Empowerment-Erfahrungen über den konkreten Fall hinaus und stoßen Veränderungen im Privaten und im Politischen gleichermaßen an. Inwieweit aber individuelles und kollektives Empowerment sich gegenseitig verstärken und inwieweit auch bei erneuten Partizipationsmöglichkeiten und -erlebnissen auf die in der punktuellen Partizipation erfahrene Ermutigung und Begeisterung zur politischen Teilhabe und zur Macht zurückgegriffen werden kann, ist empirisch unklar. Hierzu bedarf es eines geeigneten, idealerweise Mixed-Method-Designs, welches die Wirkungen von Empowerment im Kontext punktueller, informeller Bürgerbeteiligung angemessen erfassen und so auch empirisch Aufschluss geben kann über geeignete Möglichkeiten der Verschränkung und Verstärkung; sowohl im Kontext von Partizipation als auch im Hinblick auf die Interaktionen zwischen individueller, gruppenbezogener und struktureller Empowerment-Ebene.

Aber auch eine politiktheoretische Reflexion und Fundierung der Empowerment-Diskurse erscheint äußerst fruchtbar. Neben einer »machtbewussten« Vertiefung von Empowerment (vgl. Alinsky 1973; Freyth/Alinsky 1985) durch theoretische Zugänge z.B. von Arendt (1970) oder Foucault (1994), sind es vor allem auch Ansätze der partizipatorischen Demokratietheorie (insbesondere Fung/Wright 2001), mit denen sich ein »Empowerment mit emanzipatorischem Anspruch« weiter konzeptualisieren ließe. Insbesondere im Hinblick auf die Interaktion individueller und kollektiver Ressourcenschließung und -ausübung – und in Vertiefung des Agency-Konzepts – ließen sich dabei für die transitive Praxis-Perspektive wertvolle Impulse zu ihrer

Förderung erhalten. Diese Verknüpfung eröffnet weitreichende Perspektiven auf die (Re-)Politisierung des Empowerment-Diskurses und umgekehrt. In Verbindung mit dem Solidaritätsbegriff (z.B. Bayertz 1998; Habermas 1991; Wildt 2007; Brunkhorst 1997), aber auch im Rekurs auf die Anerkennungstheorie (Honneth 1992) ließen sich dabei ebenfalls neue Zugänge für die Förderung einer »demokratischen Polarisierung« (Habermas 2016) eröffnen und »Mut« für die Begeisterung für die Macht und die Mitgestaltung der »Großen Transformation« als politische Grundhaltung schöpfen.

Literatur

- Alcántara, Sophia/Kuhn, Rainer/Renn, Ortwin/Back, Nicolas/Böhm, Birgit/Dienel, Hans-Liudger/Ullrich, Peter/Schröder, Carolin/Walk, Heike (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. Online verfügbar unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen/delikat-fachdialoge-deliberative-demokratie-analyse. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2020.
- Alinsky, Saul D. (1973): Leidenschaft für den Nächsten. Strategien und Methoden der Gemeinwesenarbeit, Gelnhausen/Berlin: Burckardthaus-Verlag.
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.) (2014): Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 13-14. Rassismus und Diskriminierung.
- Arendt, Hannah (1960): Vita activa oder Vom tätigen Leben, Stuttgart: Kohlhammer.
- Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt, München: Piper.
- Bandura, Albert (1997): Self Efficacy. The Exercise of Control, New York: W H Freeman/Times Books/Henry Holt & Co.
- Barber, Benjamin R. (2003): Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Bayertz, Kurt (Hg.) (1998): Solidarität. Begriff und Problem, Berlin: Suhrkamp.
- Benhabib, Seyla (1996): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung (Horkheimer Vorlesungen), Frankfurt a.M.: Fischer.
- Böll Stiftung (2013): Dossier Empowerment. MID Redaktion, Berlin. Online verfügbar unter https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_empowerment.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.02.2020.
- Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden, Frankfurt a.M.: Fischer.